

# „KANTE FÜR SÜDBADEN!“

## Unsere Forderungen an Berlin und Brüssel

basierend auf den Beschlüssen

des Bezirksparteitages am 8. und 9. November 2013 in Au

---

### 1. Südbaden muss dran bleiben!

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist unverzichtbar. Gerade Südbaden als starke Wirtschaftsregion benötigt eine verlässliche und zukunftsfähige Infrastruktur, die insbesondere dem steigenden Verkehrsaufkommen und den neuen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Südbaden als Region mit der größten Distanz zu Berlin darf nicht abgehängt werden – Südbaden muss dran bleiben!

Neben dem Erhalt und Neubau von Straßen, wie beispielsweise der Ost-West-Verbindung zwischen Freiburg und Ulm oder der B 14 zwischen Rottweil und Tuttlingen, die in den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen werden müssen, gehört hierzu auch eine kontinuierliche Verbesserung der Schieneninfrastruktur. Für Südbaden wichtige Projekte wie der Ausbau der Rheintalstrecke sowie der Gäubahn sind unabdingbare Bestandteile einer zukunftsgerichteten Infrastruktur.

### Überregionale Straßenverkehrsprojekte in der Region

Die CDU Südbaden fordert die baden-württembergische Landesregierung auf, die Blockadehaltung bei wichtigen überregionalen Straßenverkehrsprojekten in der Region aufzugeben. Südbaden benötigt insbesondere leistungsfähige West-Ost-Verbindungen wie die B31 zwischen Breisach und der A81 und die A98 am Hochrhein. Diese Maßnahmen müssen im kommenden Bundesverkehrswegeplan entsprechend berücksichtigt und prioritär verfolgt werden. Die CDU Südbaden kritisiert die ideologische Verkehrspolitik der grün-roten Landesregierung. Das Stoppen von laufenden, wie im Fall der B31 West kurz vor dem Abschluss stehenden Planfeststellungsverfahren ist ebenso unverantwortlich wie eine Beendigung des Autobahnprojekts am Hochrhein, das für den dortigen Wirtschaftsstandort essentiell ist.

Die CDU Südbaden steht für einen langfristig orientierten, flächendeckenden Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Stadt und Land. Die ländlichen Räume dürfen nicht von den überregionalen Verkehrsnetzen abgehängt werden.

Insgesamt ist zu wünschen, dass alle politischen Entscheidungsebenen für den Erhalt und den Ausbau von Verkehrswegen die nötigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.

#### Begründung:

In Baden-Württemberg fehlt es an leistungsfähigen West-Ost-Verbindungen. Die bestehenden Achsen sind sehr stark belastet. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan müssen diese gestärkt werden.

### Ausbau der B 31 (Falkensteigtunnel, Stadttunnel, B 31 West)

Die CDU Südbaden fordert Bundesregierung und Bundestag auf, sich im Zuge des Ausbaus der Ost-West-Verbindungen einen raschen Ausbau der B 31 (Falkensteigtunnel, Stadttunnel, B 31 West) zu realisieren. Die drei Ausbaumaßnahmen der B 31 müssen in die höchste Priorität des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen werden.

### Hochrheinautobahn A98

Die CDU Südbaden fordert die baden-württembergische Landesregierung auf, die Hochrheinautobahn A98 weiterhin als vollwertige Autobahn voranzubringen und die Planungen für eine durchgängige vierspurige Autobahn zügig fortzuführen. Hierfür ist notwendig, die A98 als Autobahn im vordringlichen Bedarf im

neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 anzumelden. Um die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vom Durchgangsverkehr in den Bereichen der fehlenden Teilstücke baldmöglichst zu realisieren, soll die A98 weiterhin in längsgeteilter Dringlichkeit verfolgt werden.

Die CDU Südbaden schlägt vor, bei diesen Autobahnplanungen den Dialog zwischen Land, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern dahingehend zu modifizieren, dass die Interessen der Region im Mittelpunkt stehen und die Landesregierung ein Bürgerforum nicht weiterhin als Format missversteht, um ihre Interessen gegenüber der Bevölkerung zu vertreten.

#### Begründung:

Die Hoahrheinautobahn A98 ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt entlang der deutsch-schweizerischen Grenze als tragfähige Ost-West-Verbindung. Die Realisierung der Autobahn in längsgeteilter Dringlichkeit, welche zu einer durchgängigen Hoahrheinautobahn A98 führt, ist für den Wirtschaftsstandort Hoahrhein und für die Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner der Ortsdurchfahrten von großer Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans ist es wichtig, dass die Landesregierung die von den Bürgerinnen und Bürgern sowie der kommunalen Ebene der Hoahrheinregion aufgreift und bei der Anmeldung der Bauvorhaben für den Bundesverkehrswegeplan 2015 berücksichtigt. Eine neuerliche Diskussion über den Bau einer Autobahn oder einer Bundesstraße würde die Realisierung einer tragfähigen Infrastruktur weiter verzögern.

### **Ausbau der A 5 und Ortsumgehung Winden (B 294)**

Die CDU Südbaden fordert den Bund auf, den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 5 zwischen Offenburg und Freiburg-Mitte und den Bau der Ortsumfahrung Winden (B 294) in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplanes 2015 aufzunehmen. Das Land Baden-Württemberg muss die Realisierung dieser wichtigen Straßenverkehrsprojekte unterstützen und nicht verhindern.

#### Begründung:

Der neue Bundesverkehrswegeplan wird für die kommenden zehn bis fünfzehn Jahre die Prioritäten im Straßen- und Schienenwegebau festschreiben. Die Landesregierung hat vor kurzen eine Maßnahmenliste vorgelegt, die unter anderem den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 5 und den Bau der Ortsumfahrung Winden enthält. Die Priorisierung hat das Land entgegen einigen Ankündigungen bei den Regionalkonferenzen der Regierungspräsidien im Frühjahr aber noch nicht vorgenommen. Der Beschluss des Bundeskabinetts zum neuen Bundesverkehrswegeplan ist für 2015 geplant. Der sechsstreifige Ausbau der Bundesautobahn A 5 zwischen Offenburg und Teningen war im letzten Bundesverkehrswegeplan von 2003 nur im weiteren Bedarf eingestuft. Wenn er im neuen Bundesverkehrswegeplan nicht in den vordringlichen Bedarf aufgenommen wird, wird er bis 2030 nicht realisiert werden können.

### **Fluglärmstaatsvertrag**

Die CDU Südbaden fordert die neue Bundesregierung auf, eine Neuverhandlung des Fluglärmstaatsvertrags mit den Zielen einer deutlichen Nachbesserung im Hinblick auf Flughöhen, Flugbewegungen und Flugrouten anzusetzen beziehungsweise die Ratifizierung des bestehenden Vertrages an die Aufnahme verbindlicher Ziele im oben genannten Sinne in das Vertragswerk selbst zu knüpfen.

## **2. Südbaden darf nicht abgehängt werden**

### **Ausbau der Rheintalbahn**

Die maßgeblich von den Bürgerinitiativen mit erarbeiteten Pläne für den Ausbau der Rheintalbahn müssen weiter zeitnah vorangetrieben werden.

### **Grenzüberschreitender Schienenverkehrs ausbauen**

Die TGV-Verbindung zwischen Freiburg und Paris ist ein erster, sehr zu begrüßender Schritt im Zusammenwachsen der Hochgeschwindigkeitsnetze zwischen Deutschland und Frankreich. Bisher gibt es eine morgendliche Verbindung von Freiburg nach Paris, und eine abendliche Verbindung von Paris nach Freiburg. Weitere Verbindungen müssen entstehen.

Die Wiederaufnahme einer regelmäßigen Nahverkehrsverbindung zwischen Freiburg und Mulhouse (Blauwal) war ein erster wichtiger Schritt zur Verbesserung des ÖPNV am Oberrhein. Jetzt muss intensiv daran gearbeitet werden, dass auch die Voraussetzungen für eine Zugverbindung zwischen Colmar und Freiburg wieder geschaffen werden.

### **Personennahverkehr auf der Oberrheinstrecke**

Die CDU Südbaden fordert die baden-württembergische Landesregierung auf, im schienengebundenen Personennahverkehr auf der Oberrheinstrecke zwischen Freiburg und Basel zeitnah einen 30-Minuten-Takt einzuführen. Die CDU Südbaden sieht die 30-Minuten-Vertaktung als ökologische und soziale Notwendigkeit an, da die Städte Freiburg und Basel den motorisierten Individualverkehr zunehmend aus ihren Städten zu verdrängen versuchen. Aufgrund hoher Mietpreise in beiden Großstädten wohnen viele Familien im Umland und sind auf einen guten ÖPNV angewiesen.

Die CDU Südbaden unterstützt den Appell der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister von Bad Bellingen, Ebringen, Schallstadt, Ehrenkirchen, Bad Krozingen, Heitersheim, Buggingen, Müllheim, Auggen, Schliengen, Kandern, Rümplingen, Efringen-Kirchen, Eimeldingen und Weil am Rhein vom 30.10.2013 an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zur Einführung eines 30-Minuten-Taktes auf der Schienenstrecke Basel-Freiburg. Der vom MVI angedachte Regionalexpress Freiburg-Basel würde nicht den nötigen Mehrwert bringen, sondern im Wesentlichen zu einer Nutzerverlagerung vom dort bereits verkehrenden ICE führen.

#### Begründung:

Der Raum Basel ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung für Südbaden. Auf der Nord-Süd-Achse der Rheintalbahn ist in Anbetracht der Pendlerströme eine leistungsstarke Südbaden-S-Bahn vonnöten, die die Räume Basel und Freiburg miteinander verbindet. Die aktuelle baden-württembergische Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, den schienengebundenen Personennahverkehr zu verbessern. Dies ist in der angesprochenen Region bisher unterblieben.

Diese Entscheidung ist gerade jetzt notwendig, da in einer der kommenden Projektbeiratssitzungen zur Rheintalbahn die Entscheidung über die Art der Verknüpfung von Alt- und Neubaustrecke im Bereich Buggingen fallen wird. Die Notwendigkeit einer niveaufreien Verknüpfung hängt maßgeblich von der Ausgestaltung des Nah- bzw. Regionalverkehrs ab.

### **3. Südbaden muss Chancen auf moderne Infrastruktur haben**

#### **Flächendeckende Informations- und Kommunikationstechnik**

Zentral für den ländlichen Raum sind außerdem gute und vor allem flächendeckende Informations- und Kommunikationstechniken. Der Ausbau des Breitbandinternets ist ein Schlüsselement für die Zukunftsfähigkeit. Das Dorf darf bei der Frage nach der Erreichbarkeit keinen Nachteil gegenüber einem Arbeitsplatz in der Großstadt haben. Die gerade veröffentlichte Studie "Digitales Deutschland 2020" macht deutlich, dass die Datenübertragungsraten in fünf bis zehn Jahren deutlich über 100 Megabit pro Sekunde liegen müsse. Dafür muss sich die neue Bundesregierung stärker als bisher einsetzen.

#### **Ärztliche Versorgung**

Die Gewährleistung einer ambulanten ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit einer deutlichen Zunahme älterer Menschen wird der Bedarf an wohnortnaher ärztlicher Versorgung ansteigen.

Auch in Südbaden sind in naher Zukunft verstärkt Arztpraxen neu zu besetzen. Daher sollten Anreize zur Niederlassung von Ärzten bzw. auch zur Tätigkeit in Kliniken in unterversorgten Regionen geschaffen werden, beispielsweise durch Standortbindungsstipendium oder den weiteren Ausbau medizinischer Versorgungszentren (MVZ). Ferner müssen vor allem für die niederlassungswilligen Ärzte sowie für ihre Familien attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

## **Mobilität**

Die Elektromobilität gewinnt auch im Ländlichen Raum zunehmend an Bedeutung. Im Gegensatz zu vielen Stadtgebieten mit wohnungsnahen Versorgungsangeboten sind die Menschen hier auf das Auto angewiesen, weshalb sich erhebliche Potenziale für Umwelt - und klimafreundliche Mobilitätsformen bieten.

Im ländlichen Raum mit seiner dünneren Besiedlung ist Elektromobilität schwerer umzusetzen als in Ballungsgebieten. Doch auch hier ist die Finanzierung von Modellprojekten erforderlich: Im Zusammenspiel von Öffentlichem Nahverkehr und Elektrofahrzeugen aller Art sollen neue Mobilitätskonzepte erprobt werden. Hierzu gehören „Bike + Ride“ bzw. „Park + Ride mit Elektrofahrzeugen“, die an der ÖPNV-Haltestelle aufgeladen werden können. Auch der Tourismus könnte in Gebieten, wie beispielsweise dem Schwarzwald oder dem Bodensee, von Angeboten wie „movelo“ profitieren.

## **Fracking**

Die CDU Südbaden fordert die neue Bundesregierung auf, beim Thema Fracking das CDU-Wahlprogramm umzusetzen und im Sinne der Vorgabe „Keine Chemie in den Boden“ Fracking als Fördermethode bundesweit zu verbieten. Dies umfasst Erkundungen ebenso wie Probebohrungen auch zu Forschungszwecken.

## **4. Südbaden soll attraktiv für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bleiben**

### **Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wichtig für Südbaden**

#### **Grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt intensivieren**

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes und der Berufsausbildung müssen - insbesondere in der Grenzregion - weiter intensiviert werden. Während in Frankreich eine hohe Jugendarbeitslosigkeit herrscht, benötigen deutsche Betriebe qualifizierten Nachwuchs. Frankreich hat eine gute demographische Entwicklung, in Deutschland ist sie schwächer ausgeprägt. Deshalb ist es von höchster Priorität, dass in Zeiten unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung alles dafür getan wird, dass weitere gemeinsame Wege in Richtung Ausbau eines gemeinsamen Arbeitsmarktes unternommen werden. Das wachsende Interesse an der Dualen Ausbildung in Frankreich ist gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Berufsausbildung eine große Chance für eine noch engere Kooperation.

#### **Kooperation im Bereich Erneuerbarer Energien forcieren**

Die Energiewende in Deutschland ist im Kern unumkehrbar. Auch in Frankreich gibt es seit zwei Jahren eine Änderung des Grundkurses hin in Richtung zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieser „partielle Gleichklang“ muss genutzt werden, um die Kooperation auf breiter Basis zu intensivieren. Das gilt für die nationale Ebene genauso wie auf der regionalen Ebene. Eine Kooperation Südbadens mit dem benachbarten Elsass muss auch vom Bund unterstützt werden.

## **5. KANTE FÜR SÜDBADEN – auf EU-Ebene**

Die Bundestagswahl hat gezeigt, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Südbaden die Rolle Deutschlands in Europa nach wie vor konstruktiv sehen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Anliegen Südbadens auf der Ebene der Europäischen Union nachdrücklich artikulieren und gestalten.

Südbaden liegt im Herzen Europas und hat daher vom politischen und wirtschaftlichen Zusammenwachsen überdurchschnittlich profitieren können. Als Grenzregion in der Bundesrepublik ermöglicht vor allem die grenzüberschreitende Integration der politischen Entscheidungen eine wirklich nachhaltige und geographisch ausgeglichene Entwicklung unserer Heimat.

Wir fordern:

**1. die Sicherung des Euros als langfristig stabile Währung, die gerade an der ehemaligen Staatsgrenze zwischen Deutschland und Frankreich vieles vereinfacht hat.**

Begründung: Der Euro als unsere gemeinsame Währung hat uns bislang gut durch die Staatsschuldenkrise gebracht. Er ermöglicht unseren mittelständischen Unternehmen zwei Drittel ihrer Produkte ohne Wechselkursrisiken und ohne Bürokratie in unsere Nachbarländer zu exportieren und sichert Einkaufsanreize auch für Verbraucher aus der Nachbarschaft. Gerade die mittelständisch geprägte Wirtschaft in unserer Region profitiert vom Euro. Darum ist es im südbadischen Interesse, unsere Währung durch angemessene Reformen als gemeinsame Währung zukunftsfähig zu machen und gemeinsame Regeln wie die Schuldenbremse europaweit durchzusetzen. Denn daran wird deutlich, dass Solidarität nur mit Solidität gepaart Europa am Ende wieder wettbewerbsfähig machen kann.

**2. weitere Maßnahmen zur Schaffung eines europäischen Arbeitsmarkts, der für die Zukunft der Betriebe in unserer Region wesentlich ist.**

Begründung: Der Wohlstand unserer Region ist durch einen ansteigenden Fachkräftemangel massiv bedroht – bis 2020 werden laut der Prognos-Studie bis zu 500.000 Facharbeiter in Baden-Württemberg fehlen. Die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen basiert aber vor allem auf ihrem qualifizierten Personal – Fachkräfte sind daher für unseren dauerhaften Wohlstand in Südbaden ausschlaggebend. Während sich bei uns der Fachkräftemangel zuspitzt, sind viele Menschen in unseren Nachbarländern von Arbeitslosigkeit bedroht. Ein wahrlich europäischer Arbeitsmarkt könnte hier in allen Ländern konstruktiv Abhilfe schaffen.

**3. eine regelmäßige Prüfung der Breitbandleitlinien der Europäischen Kommission auf ihre Praxistauglichkeit und die Anpassung dieser Leitlinien an die technologische Entwicklung, um den bestmöglichen Breitbandausbau im ländlichen Raum zu garantieren.**

Begründung: Um die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Region weiterhin zu stärken, ist eine flächendeckende Anbindung an eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur wesentlich. Oftmals werden im Rahmen der Leitlinien der Europäischen Kommission aber bürokratische Hürden gesetzt, die die Arbeit an diesem Ziel erschweren. Daher ist das Vorhaben der Kommission, dass diese Problematik unter anderem in der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-Verordnung II geregelt werden soll, zu unterstützen und weitere Maßnahmen wie die regelmäßige Prüfung der Praxistauglichkeit der Breitbandleitlinien zu fordern. Konkret müsste zum Beispiel die Möglichkeit Bedarfsnachweise für die Notwendigkeit eines Breitbandausbaus gutachterlich vorbringen zu können, überprüft und möglicherweise eingeführt werden.

**4. die verstärkte Unterstützung von südbadischen Exzellenzclustern und insbesondere innovativen kleinen und mittleren Unternehmen bei der Umstellung auf die neue Ausschreibungssystematik des neuen EU-Forschungsförderungsprogramms (Horizon 2020).**

Begründung: Unsere Region gehört zu den innovativsten in Europa und unsere Wettbewerbsfähigkeit und unser Wohlstand kann nur durch die Förderung von Forschung und Entwicklung gesichert und gesteigert werden. Damit Baden-Württemberg auch weiterhin – wie bei dem aktuellen 7. Forschungsrahmenprogramm – intensiv von den EU-Fördermitteln profitieren kann, müssen Antragstellern und vor allem unsere innovativen kleinen und mittleren Unternehmen verstärkt durch das ‚Europe Enterprise Network‘, u.a. dem Steinbeis-Europa-Zentrum und den südbadischen IHKs, beraten und unterstützt werden, um sie in die Änderungen im Tenderverfahren einzuführen und so ihren effektiven Zugang zu den Förderprogrammen zu gewährleisten.

**5. eine Verbesserung des südbadischen Schienenverkehrsangebots durch die sinnvolle Einbindung von EU-Mitteln.**

Begründung: Ein grenzüberschreitendes und leistungsfähiges Infrastrukturnetz mit Anbindung an das europäische Schienennetz ist eine Voraussetzung für die Wirtschaft unserer Region und für ihre Wachstumsmöglichkeiten. Insbesondere für unsere exportorientierte und grenzüberschreitend tätige Wirtschaft in Südbaden, an der Nahtstelle zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, ist eine rasche, flexible, zuverlässige und kostengünstige Mobilität von Personen und Gütern wesentlich und ausschlaggebend für den internationalen Standortwettbewerb.

Daher muss nach der erfolgreichen Nutzung von europäischen Infrastrukturmitteln beim bisherigen Ausbau der Rheintalbahn, der weitere Ausbau auf der Basis von Plänen, die maßgeblich von Bürgerinitiativen erarbeitet wurden, zeitnah vorangetrieben werden. Darüber hinaus sind die TGV-Verbindung zwischen Freiburg und Paris und die Wiederaufnahme einer regelmäßigen Nahverkehrsverbindung zwischen Freiburg und Mulhouse (Blauwal) zu begrüßen, weitere Verbindungen

wie z.B. zwischen Colmar und Freiburg müssen aber wieder geschaffen werden und im schienengebundenen Personennahverkehr auf der Oberrheinstrecke zwischen Freiburg und Basel zeitnah einen 30-Minuten-Takt eingeführt werden. Außerdem ist die Weiterführung der Gespräche mit den verantwortlichen Schweizer Stellen notwendig, um zeitnah eine substantielle Aufwertung des Schienenpersonenverkehrs am Hochrhein zu erzielen – hier muss die vollständige Elektrifizierung der Hochrheinestrecke das langfristige Ziel sein.

Vor allem aber muss nunmehr auch der Ausbau der Gäubahn mit den zu Verfügung stehenden EU-Mitteln forciert, und durch ein neues Fahrplankonzept die Verbindung zwischen Stuttgart und Zürich attraktiver gemacht werden.

#### **6. die Stärkung des Oberrheinrates als Beschlussgremium bei Projekten mit grenzüberschreitendem Charakter.**

Begründung: Der Oberrheinrat ist als die parlamentarische Versammlung von gewählten Frauen und Männern aus der Südpfalz, dem Elsass, Baden- Württemberg und der Nordschweiz in unserer trinationalen Metropolregion am Oberrhein das Sprachrohr der hier lebenden 6 Millionen Menschen und fördert mit politischen Initiativen die Entwicklung des gemeinsamen Kultur- und Wirtschaftsraumes. Die nachhaltige Zukunft und die Wirtschaftschancen Südbadens sind eng an diese Region gebunden: ein gemeinsamer Arbeitsmarkt wird entwickelt, grenzüberschreitende Bündnisse in der Wirtschaft geschlossen und mit 170.000 Studierenden an Hochschulen in die gemeinsame Zukunft investiert.

Daher muss dem politischen Willen des Oberrheinrates mehr Gehör verschafft werden – besonders in Bereichen wie der Raumplanung, der Verkehrsinfrastruktur, der erneuerbaren Energien und der kulturellen Entwicklung sollen regionale Entscheidungen und Kooperationen entwickelt und in finalen Beschlüssen miteinbezogen werden.

#### **7. die Abschaffung der Doppelbesteuerung von Grenzpendlern.**

Begründung: Aufgrund der Inkompatibilität der nationalen Sozialsysteme Deutschlands und der Schweiz haben Grenzgänger wesentliche steuerrechtliche Nachteile im Vergleich zu Arbeitnehmern in Deutschland. Grundsätzlich können Grenzgänger in ungenügendem Ausmaß Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgabe geltend machen. Darüber hinaus setzt die aktuelle Rechtsprechung fest, dass überobligatorische Beiträge des Arbeitgebers, die ein wesentlicher Pfeiler der betrieblichen Altersvorsorge in der Schweiz sind, in Deutschland in voller Höhe steuerpflichtiger Arbeitslohn sein sollen. Diese Doppelbesteuerung – die für Grenzgänger mit sehr hohen Einkünften durch zusätzliche Abgaben in der Schweiz aufgrund der höheren Rente noch weiter verschärft ist - und die oft damit verbundene Planungsunsicherheit, was das Einkommen in der Pension betrifft, muss gestoppt werden. Das Recht auf Freizügigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger muss sichergestellt sein und ein Abwandern der Betroffenen aus unserer Region aufgrund dieser doppelten und zu hohen steuerlichen Belastung verhindert werden.

#### **8. eine einheitliche Anwendung von EU-Recht in Deutschland und in Frankreich.**

Begründung: Eine einheitliche Anwendung von EU-Recht ist für einen funktionierenden Binnenmarkt und barrierefreien grenzüberschreitenden Handel ausschlaggebend. Nichtsdestotrotz gibt es zahlreiche Beispiele von EU Richtlinien oder Verordnungen, die in Frankreich und in Deutschland unterschiedlich umgesetzt werden: Vorschriften für die Nutzung von Düngemitteln und Pestiziden, Pauschalreisen, Verbraucherkredite, Gewährleistung, Umsatzsteuer, etc. Gerade für unsere exportorientierte Region bedeutet dies Komplikationen, eventuelle Zusatzkosten und verlorene Handelschancen.